



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère des Finances



Monsieur le Ministre
aux Relations avec le Parlement
p.a. Service Central de Législation
43, boulevard Roosevelt
L-2450 LUXEMBOURG

Référence : 82ax8d08b

Luxembourg, le 25 février 2019

Concerne : Question parlementaire n° 247 du 22.01.2019 de Monsieur le Député Laurent Mosar et de Monsieur le Député Gilles Roth concernant l'affaire "CumEx/CumCum"

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint ma réponse à la question parlementaire sous rubrique.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de mes sentiments très distingués.

Le Ministre des Finances,

Pierre GRAMEGNA



Antwort des Finanzministers Herrn Pierre GRAMEGNA zur parlamentarischen Anfrage n° 247 vom 22. Januar 2019 der verehrten Abgeordneten Laurent MOSAR und Gilles ROTH betreffend den Fall „CumEx/CumCum“

Das Finanzministerium hat die Fragen der ehrenwerten Abgeordneten an die Steuerverwaltung weitergeleitet. In ihrer Stellungnahme stellt die Steuerverwaltung folgendes fest:

„Die erste von den verehrten Abgeordneten gestellte Frage bezüglich des Bestehens oder Nichtbestehens der genannten Transaktionen durch die Steuerverwaltung sowie, gegebenenfalls, deren Anzahl, fällt unter die Bestimmungen des § 22 der Abgabenordnung (AO). Das Offenlegen von Angaben jedweder Art ist abgedeckt durch das bestehende Steuergeheimnis, dessen Verletzung, laut § 412 AO, strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die zweite Frage bezieht sich auf den Straftatbestand der vorliegenden Sachverhalte. Die inhärenten Aufgaben der Steuerverwaltung, so wie sie im Artikel 1, 1. und 2. Absatz des geänderten Gesetzes vom 17. April 1964 bezüglich der Reorganisation der Steuerverwaltung hervorgehen, betreffen die gerechte sowie richtige Steuererhebung, hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf die direkten Steuern. Die Bewertung eines Straftatbestands jedweder Art steht der Steuerverwaltung nicht zu, sondern obliegt einzig und allein der Zuständigkeit der Justizbehörden.“

Das Finanzministerium hat dem nichts hinzuzufügen.

Was die dritte Frage der ehrenwerten Abgeordneten betrifft, so kann man davon ausgehen, dass entsprechende Schlagzeilen sich nicht günstig auf das öffentliche Image eines Landes niederschlagen. Eine Financial Action Task Force (FATF) Evaluation wird jedoch nach objektiven Kriterien durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die Justizbehörden mit der Sache befasst sind, durchaus als positiv zu werten.